



Regierungsratsbeschluss vom 23. November 2021

Interpellation Nr. 135 Fleur Weibel betreffend wie ist die Situation von Working Poor in Basel-Stadt?; schriftliche Beantwortung

P215736

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Das Problem der Schwelleneffekte bei Sozialleistungen wurde im Kanton Basel-Stadt vor längerem erkannt. Mit Einführung des Harmonisierungsgesetzes Sozialleistungen per 1. Januar 2009 und durch Massnahmen innerhalb sowie beim Ein- und Austritt der Sozialhilfe wurden die Schwelleneffekte minimiert bzw. weitgehend eliminiert. Der Bericht des Regierungsrates vom 25. November 2015 zum Anzug André Weissen betreffend «Behebung der einseitigen Belastung des Mittelstandes durch die Umverteilung und die Beseitigung von Fehlanreizen» hatte dies detailliert aufgezeigt. Der Regierungsrat beabsichtigt diesen Bericht zu aktualisieren. Zudem ist für das Jahr 2022 eine Studie zum Nichtbezug in der Sozialhilfe geplant.

